

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren: Hauptstraße 4/5, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.50 RM, monatlich 4.50 RM, vierteljährlich 12.50 RM (einschließlich Postgebühren), durch die Post des Reichs 19.50 RM, gegen vierteljährlich 19.50 RM.

Anzeigenpreis: In 10 Zeilen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.50 RM, auswärts 2.00 RM. Stellenangebote, Familienanzeigen 0.45 RM. Einzelzeilen, Verleumdungen und Wohnungsanzeigen 0.45 RM. Kleinanzeigen pro Wort 0.50 RM, das fette Wort 1.00 RM. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditoren-Poststraße 4/5 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Verrat am obererschlesischen Deutschtum.

Zeiglinge und Verräter.

Das im „liberalen Bürgertum“ Deutschlands, soweit es als solches parteipolitisch organisiert ist, politische Felsen dünn gesät sind, wissen wir nicht erst seit heute. Bis zu welcher jämmerlichkeit die Haltung der meisten politischen Vertreter des sogenannten „Bürgertums“ dieser Richtung herabsinken kann, zeigt aber doch erst diese Regierungskrise.

Deutschland erleidet einen schweren Schlag durch das obererschlesische Diktat. Eine Aussicht auf eine Zurücknahme der Entscheidung über die neue Grenzführung bietet sich, wie Rückfragen an allen maßgebenden Auslandsstellen ergeben, nicht. Dagegen zeigt der Sturz der Mark auch den maßgebenden Auslandskreisen die Erschütterung unserer Wiedergutmachungsfrage, und außerordentlich weiche Reden der führenden Entente-Männer lassen ebenso wie Betrachtungen führender englischer und französischer Blätter, die ihre Informationen so offensichtlich aus Regierungskreisen beziehen, wie „Observer“, „Daily Chronicle“ und „Petit Parisien“, erkennen, daß ein ganz neuer positiver Wiedergutmachungsplan von Deutschland auf der Grundlage der Selbstbehauptung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Art des Wiesbadener Abkommens entworfen, je jetzt Aussicht auf Zustimmung hat. Dazu kommt die Möglichkeit einer erheblichen Verbesserung des uns aufgezwungenen Wirtschaftskredits über Obererschlesien in direkten deutsch-polnischen Verhandlungen, weil Polen auf deutsche wirtschaftliche Mitarbeit in Obererschlesien dringend angewiesen ist, wenn es seinen Zusammenbruch nicht katastrophal beschleunigen will. Alle maßgebenden Parteien des Reichstages sind außerdem bereit zu einer Rechtsverwahrung gegen das Gesamtdiktat.

In dieser Situation wissen Deutsche Volkspartei und Deutsch-Demokraten nichts Besseres zu tun, als zunächst einmal die Regierung zu stürzen, diejenige Regierung, die das Ausland mit Recht für die am meisten zur Erfüllung der Wiedergutmachung geneigte hält, die in Deutschland möglich ist, diejenige also, die am wirksamsten auf die objektiven Grenzen unserer Leistungsfähigkeit hinweisen kann. Keiner der Regierungsjürzer kann sagen, wie die allgemeinen Grundzüge der bisherigen Regierungspolitik erfolgreicher hätten gestaltet werden können. Wenn man von unglücklichen Einzelgefechten im Bereich des Auswärtigen Amtes absieht, für die der Ressortminister verantwortlich ist, muß man sagen, daß Wirth doch wirklich nichts dafür kann, wenn Herr Balfour, der erste englische Delegierte für die Washingtoner Friedenskonferenz, die Einigung Englands mit Frankreich vor dieser Konferenz für notwendiger hält, als Rücknahme auf Deutschland, und wenn der spanische und brasilianische Vertreter im Völkerbund aus gesellschaftlichen Gründen den französischen Standpunkt weitgehend vertreten, als Herrn Briand selbst vielleicht lieb ist. (Die Herren leben beide in Paris, wo die „gute Gesellschaft“ noch viel „patriotischer“ ist, als Herr Briand.)

Nachdem die deutsche Regierung nun wirklich gekürzt ist, erklärt aber das liberale Bürgertum Deutschlands, nicht etwa selbst neue Wege zu wissen, um Deutschland zu helfen. Die Volkspartei lehnt vielmehr die Entsendung eines Wirtschaftskommissars zu den deutsch-polnischen Verhandlungen ab. Ihre Führer wissen ganz genau, daß Deutschland die Mitarbeit an der obererschlesischen Wirtschaft gar nicht verweigern kann, ohne daß das ganze Deutschtum Obererschlesiens zusammenbricht. Sie wissen, daß sonst auch diese Dinge durch Ententediktiert erledigt werden. Sie wissen, daß ihre Form des Protestierens erprobt aussichtslos ist und geben selbst zu, daß dann nur neue Zwangsmassnahmen kommen werden. Sie müssen sich von den obererschlesischen Industriellen fragen lassen, ob sie durch das Loch im Osten lieber Hunderttausende Arbeitsloser einströmen, als große Exportmengen herausgehen lassen wollen. Alles ganz gleichgültig! Die Leute haben ihre Wägen verloren.

Verrat am obererschlesischen Deutschtum, Verrat an Deutschland selbst aus schlotternder Angst vor der nationalen Blidverengung und künstlich gezüchteter Dummheit der Wähler. Das ist das Ende des liberalen Bürgertums. —m.

Der Reichspräsident wendet sich von neuen an Dr. Wirth.

Der Reichspräsident richtete gestern nachmittags 5 Uhr an den Reichskanzler folgendes Schreiben:

Herr Reichskanzler!

Seit Wochen ist es mein unausgesetztes Bemühen gewesen, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition die Grundlagen zu schaffen, in der Ueberzeugung, in der ich mit Ihnen, Herr Reichskanzler, einig gehe, daß die großen Aufgaben, die Deutschland auf dem Gebiete der äußeren und der inneren Politik harren, auf einer breiten Regierungsbasis am besten gelöst werden können. Sie, Herr Reichskanzler, haben mich in diesem Bestreben unterstützt und die Verbreiterung der Regierungskoalition zu wiederholten Malen als das nächstliegende Ziel Ihrer Politik bezeichnet und auch alles getan, um ihm näher zu kommen. Die Entscheidung, welche die Vorkonferenz der Äußerlichen in der obererschlesischen Frage gefällt hat, hat zweifellos die Erreichung dieses erhabenen Zieles erheblich erschwert. Ich bin allerdings der Meinung, daß es bei alledem gutem Willen und unter Verantwortung der Interessen des Vaterlandes möglich gewesen wäre, die vorbereitete Koalition allen Bedenken zum Trotz zustande zu bringen. Verschiedene Vorgänge haben sich leider hemmend in die gesonnenen Verhandlungen eingebracht, so daß das erstrebte Ziel als gescheitert anzusehen ist.

Dies ist um so bedauerlicher, als der Rücktritt des bisherigen Kabinetts das Bestehen einer handlungsfähigen Regierung angeht, die den ganzen politischen Lage zu einer zwingenden Notwendigkeit und die Bildung des neuen Kabinetts unaufschiebbar macht. Kostbare Zeit ist auf die Klärung der innerpolitischen Lage verwandt worden, ohne daß sich eine solche ergeben hat.

In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie, Herr Reichskanzler, die dringende Bitte, Ihren mir gegebenen Antrag zurückzuziehen und unter Hintanhaltung persönlicher und parteipolitischer Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerster Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dieses Opfer bringen werden. In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse vertraue ich darauf, daß es mit Ihrer Loyalität und politischen Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, welche in ihrer Zusammenfassung die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe sowie die dringlichsten Probleme der weiteren Zukunft lösen kann.

Ich bin in aller Wertschätzung Ihr aufrichtig ergebener
Ehrt.

Das neue Kabinett Wirth.

Im Laufe des späten Abends hat sich die Situation noch so weit verschoben, daß auch von einer eigentlichen Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokraten nicht mehr die Rede sein kann. Reichskanzler Wirth bildet das Kabinett nicht auf der Grundlage eines Parteibündnisses, sondern versucht, Politiker verschiedener Parteien heranzuziehen, die gewillt sind, seine Politik zu unterstützen und in ihrer Verantwortlichkeit dafür Gewähr bieten. Im wesentlichen werden Träger des Kabinetts allerdings Sozialdemokraten und Zentrumleute sein. Die parlamentarische Stütze der neuen Regierung liegt in den Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie. Hinzu tritt die wohlwollende Neutralität der Unabhängigen. Ob die Demokraten ihre fraktionsfolgenden Schützer und Geher in der Regierung lassen, steht zur Stunde noch nicht fest. Wiederaufbauminister Rathenau gehört der demokratischen Reichstagsfraktion nicht an. Sein Verhältnis zu den parlamentarischen Demokraten scheint nicht sehr eng zu sein. Er trat im Frühjahr die Absicht, überhaupt aus der demokratischen Partei auszutreten, blieb aber organisiert, als er Minister wurde. Man darf annehmen, daß er bei persönlicher Opfer bringen wird, auch dem neuen Kabinett anzugehören. Genosse Dr. Gradnauer scheidet aus, weil er lächerlicher Gesandter wird. Hoffentlich wird auch der Minister des Innern Dr. Rosen ausgeschifft werden. Der Reichskanzler selbst wird das Auswärtige Amt mit übernehmen. Als Reichsjustizminister wird vielleicht Dr. Peter Spahn eintreten. Als Sozialdemokraten, die in das Kabinett eintreten, werden außer den bisherigen Ministern Schmidt und Bauer die Genossen Dr. Köpfer und Otto Braun genannt. Jedoch wird die Personentrage erst von der heute früh um 10 Uhr zusammen tretenden Fraktion gelöst werden.

Der „Vorwärts“ faßt sein Urteil über die Lage in folgenden Sätzen zusammen:

Natürlich ist es möglich, daß heute Mittag noch dieser oder jener Ministerposten unbesetzt sein wird, aber das tut nichts zur Sache; der Charakter der Regierung wird feststehen. Es gibt ein neues Kabinett Wirth mit der alten Politik.

gelehrt: erst ist das Kabinett, da und es soll sich zeigen, ob es auch eine Mehrheit hat. Wenn nun das neue Kabinett Wirth ein Kabinett mit der alten Politik ist, wird ihm auch heute im Reichstage die Mehrheit nicht fehlen.

Dieser letzte Ausweg eines persönlichen Kabinetts Wirth wurde bestritten, weil das Zentrum nach dem Auscheiden der Demokraten erklärt hatte, eine Koalition allein mit den Sozialdemokraten nicht tragen zu können.

Landesverrat der Volkspartei.

Der Vorwärts veröffentlicht in seiner Mittwoch-Morgenausgabe eine Erklärung der Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Sitzung beim Reichspräsidenten vom 24. Oktober, Hermann Müller, Scheidemann und Wels, in der es heißt: Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben in der vertraulichen Sitzung eine Verwahrung in der obererschlesischen Frage vorgeschlagen, von der sie selbst als möglich voraussehen, daß sie zu neuen Zwangsmassnahmen der Entente gegen Deutschland führen würde. Sie haben zugleich versucht, sich für eine solche Verwahrung Deckung durch die übrigen in der Sitzung vertretenen Parteien zu sichern. Diese Deckung konnte jedoch nicht verschaffen werden, da unsere Partei gemüthlicherweise nicht die Verantwortung für eine Verwahrung übernehmen kann, die zwar den Gegner zu Zwangsmassnahmen gegen die Bevölkerung provoziert, damit aber eine Möglichkeit erfolgreicher Abwehr nicht bietet. So wenig unsere Aeußerungen die Öffentlichkeit zu schrecken haben, so waren sie doch nicht für diese bestimmt. Interfraktionelle Besprechungen sind vertraulicher Natur. Wir erkläre daher in der Veröffentlichung der Vorgänge in der interfraktionellen Beratung durch die deutsche Volkspartei einen rein parteipolitischen Erwägungen diffundiert, die Interessen des Reichs schädigenden Vertrauensbruch.

Die Lehren der schädlichen Regierungskrise.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Während die Berliner Reichspresse das noch in Bildung begriffene Kabinett bereits vor der endgültigen Zusammenfassung beschimpft und besudelt, üben die Anmerkungen der Reichshauptstadt in ihren Kommentaren über die Zurückhaltung, künden weder eine Unterstützung noch eine Opposition gewisser Parteien an, sondern stellen fast übereinstimmend fest, daß das Vertrauensvotum für die Regierung in der Reichstagsitzung sicher ist.

Die „Freiheit“ sagt u. a.: „... daß man vor Entwürdigung des Chaos auf Wirth zurückgreifen muß, trotz der harten Widerstände, die in allen bürgerlichen Parteien sich erheben haben. Beweist den Kräfte der ganzen Krise... In dieser schweren Krise hat es sich herausgestellt, daß die Arbeiterschaft in diesem Reiche der Träger der politischen Vernunft ist, daß sie es ist, die durch ihre feste und entschlossenen Haltung Deutschland vor abenteuerlicher Romantik und nationalstiller Falschheit bewahrt. Ihr in erster Linie wird es zu danken sein, wenn zum dritten Male eine schwere Krise überwunden werden wird.“

Die „Germania“ schreibt: „Leider hat die Deutsche Volkspartei nicht nur eine verstandesmäßige Würdigung der Dinge auf sich wirken lassen und nur dem Gefühl der Empörung Raum gegeben. Sie hat darüber hinaus in ihrem an den Reichspräsidenten gerichteten Schreiben auch die Gesinnung der Sozialdemokratie in einer Weise verdächtigt, die den Demokraten den Vorwand liefert, ihrerseits gleichfalls das Votum abzugeben aus der Verantwortung vorzuziehen.“ Sie hat ein Zusammenarbeiten der Volkspartei mit der Sozialdemokratie auf absehbare Zeit unmöglich gemacht... Die Bildung einer dauernden tatsächlichen Regierung hatten die Volkspartei und die allzu eifrig auf sie bauenden Demokraten in diesem Augenblick verhindert. Wir würden mit unserem parlamentarischen Latein zu Ende sein, wenn nicht in letzter Stunde der bisherige Reichskanzler Dr. Wirth selbstlos in die Breche gesprungen wäre.“

Polen zu den Wirtschaftsverhandlungen bereit.

Der polnische Gesandte in Paris, Graf Jamsynski, hat gestern nachmittag dem Sekretariat der Vorkonferenz eine Note zugestellt, in der erklärt wird, daß die polnische Regierung die Entscheidung der Mächte betreffend Obererschlesiens annehme. Sie habe als Delegierten für die gemischte Kommission über die wirtschaftlichen Abmachungen von Glucinski ernannt, der bereits die Verhandlungen mit dem Danziger Senat geführt hat.

Danzig und Polen haben ihren Wirtschaftsvertrag unterzeichnet.

Am Montag nachmittags ist in Warschau in feierlicher Form

Die Deutschnationalen verlangen 478 Regierungsräte statt 274; es stellt sich heraus, daß die Regierung die Absicht hatte, dem zu entsprechen. Diese Tatsache spricht für das enge Verhältnis von Ministerialbeamten zu den Deutschnationalen. Mit der Umwandlung von Regierungsratsstellen in Regierungsrats-Stellen soll die Verteilung der Regierungsräte von 10 auf 7 1/2 Jahre vergrößert werden.

Die Ortszuschläge.

In der Dienstag-Sitzung des 2ten Ausschusses des Reichstages kam gelegentlich der Beratung einer Petition die Frage der Kapitalisierung eines Teils der Ortszuschläge der Beamtengehälter zum Zweck der Förderung von Siedlungen zur Sprache. Die Reichsregierung verhält sich der Förderung gegenüber zunächst ablehnend und verwies auf allerlei Schwierigkeiten, wie Besetzungen, frühzeitiger Tod usw. Der Ausschuß beschloß, die Petition der Regierung als Material zu überweisen und die Frage in einer späteren Sitzung eingehend durchzuarbeiten, um nach Anhörung von Sachverständigen einen Weg zur Erfüllung der Wünsche zu suchen. Das Referat wurde dem Abgeordneten Steinkopf (Soz.) übertragen.

Die Kinderzulagen.

Der Abg. Schmidt (Stettin) fragt im Reichstag an: Auf Beschluß der sozialistischen Parteien sind im Reichstag Sachverständigen den Landesbeamten die Kinderzulagen nur für Kinder bis zu 18 Jahren gewährt worden. Ist die Reichsregierung bereit, dafür zu sorgen, daß die Landesbeamten des Reichstaats Sachverständigen nicht anders behandelt werden wie die in Sachsen wohnenden Reichsbeamten, welche Kinderzulagen für ihre Kinder bis zum 21. Lebensjahre nach den Bestimmungen des Reichsbesoldungsgesetzes erhalten? Schriftliche Antwort genügt.

Polizei im Kommunismus.

Die Berliner Blätter schreiben, wurde gestern auf Grund richterlichen Erfindens eine Durchsuchung in der Zentrale der kommunistischen Partei in Berlin durch die Polizei vorgenommen. Hierbei griff der kommunistische Reichstagsabgeordnete Brach einen der Polizeibeamten an und versuchte, ihm ein beschlageneines Attribut zu entreißen. Brach wird sich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten haben.

Ein Held des Bürgerbundes.

Der Geschäftsführer des Hamburger Bürgerbundes, Herausgeber eines monatlichen Heftes und Veranlässer großer Demonstrationen für die schwarz-weiße Fahne, ist mit der Bürgerbundsliste im Betrage von 95000 Mark spurlos verschwunden. Der Bürgerbund hat Strafantrag gestellt.

Das U. U. in Genf.

In der „Röschischen Zeitung“ schreibt ihr Korrespondent: Bei der Vorbereitung von Wirtschaftsverhandlungen mit Polen muß von der zukünftigen Handelsabteilung des Auswärtigen Amtes verlangt werden, daß sie mit besseren Kräften zu Werke geht, als die politische Abteilung in der oberirdischen Frage gearbeitet hat. Deren Fehler sind zu groß gewesen, um mit dem Stillstehen fortzuführen, das vor der Entscheidung wohl übergeben war. Während die Polen in Genf fast die ganze Berliner Botschaft, vier Legationsräte, eine dauernde Abordnung von Arbeitervertretern und den in den Völkerverbänden delegierten, sehr geschickten Professor Wstenah hatten, hat das U. U. es unterlassen, die künftige Wahrnehmung deutscher Interessen in Genf zu sichern. Die Wilhelmstraße hat sich einmal damit begnügt, einen Legationsrat nach Genf abzuordnen, der im entscheidenden Augenblick völlig mit seinen Kräften zusammengebrochen war und gerade in seiner wichtigsten Aufgabe versagte, die Verbindung zwischen den Genfer Politikern und den deutschen Vertretern zu ermöglichen. Er bestand im Gegenteil nur, den an sich nicht hoffnungslos, aber doch zu allen Verhältnissen wenigstens entschlossenen oberirdischen Vertretern abzurufen und Bestimmtes beizubringen. Wäre nicht der Abg. Sue eingegriffen, hätten die oberirdischen Arbeiterführer, ohne auch nur eine wichtige Persönlichkeit gewonnen zu haben, wieder abfahren müssen. Das Auswärtige Amt hat weiter oberirdischen Politikern, die über ausgezeichnete Verbindungen zum Völkerverbund verfügten, aus schließlich verbotene, diese Verbindungen auszunutzen. Als es endlich notwendig wurde, Arbeitervertreter nach Genf zu entsenden, wurde eine Gruppe zusammengestellt, die gerade aus Nichtsozialisten bestand und so die politische Stellung nur um neue Argumente bereichern konnte. Man hat bis ganze, zu Vorbereitungen geeignete Zeit, hindurch nur eine Karole befolgt, die angeblich auf Missionen beruhte, nach den Erfahrungen der Oberirdischen in Genf aber gerade die verkehrteste war: vornehmlich Zurückhaltung zu wahren. Die vom Auswärtigen Amt reorganisierenden Diplomaten bei der Interalliierten Kommission in Oppeln haben es nicht fertig gebracht, sich auch nur einer richtigen inoffiziellen Verbindung zur F. A. R. zu versehen. Sie haben es dafür fertig gebracht, die vielleicht wichtigsten ausländischen Politikern, die Oberirdischen bereit haben, die Vertreter der Gewerkschaftsinternationale, Fimmen und Jonhauz, wie Bittsteller antischambrieren zu lassen und dann in zehn Minuten abzufertigen. Sie bringen es jetzt fertig, gerade diesen beiden Vertretern, die sich eben in einer offiziellen Erklärung gegen den Genfer Beschluß ausgesprochen haben, die Schuld an dem Genfer Beschluß zuzuschreiben. Wenn nach dem Bekanntwerden der Genfer Entscheidung von oberirdischen Politikern in der ersten Sitzung die Forderung nach dem Rücktritt Wirtsch laut geworden ist, so geht man nicht fehl, die Urheber auch hier in Kreisen des Auswärtigen Amtes zu suchen. Vielleicht wäre auch ohne die Fehler der unglücklichen Genfer Beschluß herausgekommen; das ändert aber nichts an der Notwendigkeit, jetzt, wo es möglich ist, auf diese Fehler hinzuweisen, um weitere zu verhindern. Protestierende Untätigkeit wäre auch jetzt wieder der größte Fehler.

Der Kommissar für die Wirtschaftsverhandlungen.
Dem Berliner Lokalanzeiger zufolge wählte gestern der Oberschlesische Ausschuß, der unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Rosen tagte, einen Untersuchungsausschuß, der die Persönlichkeiten des zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zu entsendenden Kommissars bestimmen soll.

Gewerkschaftsbewegung. Das Koalitionsrecht für Oberschlesien in Gefahr.

Ein ober-schlesischer Mitarbeiter schreibt uns: Der zweite Abschnitt des Genfer Abkommens enthält zunächst Bestimmungen, die sich in ihrer praktischen Durchführung widersprechen. Die Bestimmung wird durch die Bestimmung j zum Teil aufgehoben.

Laut Absatz g soll das Bestehenbleiben der Arbeitnehmerverbände im Abstimmungsgebiet garantiert werden. — Absatz j bestimmt dagegen im zweiten Teil, daß Konzeptionen und Privilegien von Privat- und juristischen Personen erhalten bleiben sollen. Solche Privilegien sind zum Beispiel: 1. die Gutsbezirke, 2. die Majoratsbesitzungen. Die in diesen geltenden Bestimmungen stehen mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten in offenem Gegensatz.

Hier erfordert das Genfer Abkommen eine nähere Präzisierung unter besonderer Berücksichtigung der tatsächlichen in Oberschlesien bestehenden Rechtsverhältnisse.

Es könnte zum Beispiel folgender Fall eintreten: Eine Bergbau-Firma, die auch große Ländereien besitzt, baut im Bereiche eines ihrer Gutsbezirke eine Bergarbeiter-Siedlung, in welcher sie nur aus Polen angewanderte Bergarbeiter anlegt. Mit Hilfe der polnischen Regierung wird es ihr ein Geringes sein, nachzuweisen, daß die Firma schon vor dem Kriege russisch-polnische Arbeiter saisonweise beschäftigt hat. Damals wurden sie nach Bedingungen entlohnt, die beim Grenzübertritt von Stellenvermittlern verabredet worden waren. Nunmehr bestimme die Gesellschaft im Verein mit der polnischen Regierung die Art der Entlohnung. Ein Tarifvertrag käme nicht in Frage, da solche Fälle im Genfer Abkommen nicht vorgesehen sind.

Noch ein anderer Fall ist denkbar: Eine Bergwerksgesellschaft schafft, ähnlich wie Gieschwald, eine Arbeiter-Siedlung, zugleich mit Einkaufshäusern. Arbeit erhält nur, wer Wohnung hat. Die Wohnungen hat aber nur die Firma. Diese vermietet aber (wie Gieschwald) diese Wohnungen nur an solche Arbeiter und Angestellte, die anstatt eines Teils der Löhnung freie Wohnung, Beleuchtung, Heizung, Gartenland, freie Nahrungsmittel, Kartoffeln usw. beziehen. Selbstverständlich könnte auch diesen Arbeitnehmern der Tarifvertrag abgesprochen werden, wenn erit einmal eine kapitalistische Regierung damit einverstanden ist, der Industrie Vorteile zuzugestehen, wenn als Entgelt polnische Arbeiter-Siedlungen geschaffen werden.

Noch bedenklischer wird aber der Gegensatz von Absatz j zu Absatz g, wenn man schon bestehende Einrichtungen zum Schutze des Handels, wie z. B. die Kohlenkonvention, in Betracht zieht. Bei einfacher Anwendung des Textes, so wie es in Genf beschlossen wurde, wäre der berg- und hüttenmännische Verein zu Kattowitz als der lachende Dritte in dem Streit um Oberschlesien übrig geblieben. Er hat durch die Kohlenkonvention nicht nur die Kohlenpreis-Mitbestimmung in der Hand, sondern auch den Verteilungsschlüssel, nach dem jezeitlich, wieviel Waggons jede Grube täglich von der Eisenbahn gestellt bekommt; d. h. er allein bestimmt es, wieviel eine jede Grube fördern darf. Die Mehrheit der in der Kohlenkonvention zusammengeschlossenen Gruben bestimmt daher, wo ein neuer Schacht gebaut werden kann, wo neue Gruben, wo Arbeiter-Siedlungen usw. — In wessen Hand aber diese Entscheidungen gegeben sind, der ist der eigentliche Herr von Oberschlesien, der entscheidet darüber ob die neue Siedlung auf polnischem oder deutschem Boden errichtet wird, ob für sie das Koalitionsrecht gilt oder nicht. Die ober-schlesische Kohlenkonvention allein ist dann die Großmacht, die über das Wohl der Arbeitnehmer nicht nur, sondern auch über Interessen der deutschen oder polnischen Regierung entscheidet.

Dadurch, daß die Großindustrie Mittel hat, das Koalitionsrecht zu sabotieren, dadurch hat sie beide Regierungen, die deutsche und polnische in der Hand, vor allem aber die deutsche, als die sozial fortgeschrittenere. Durch die Einlegung von 4-5 polnisch besiedelten Gutsbezirken, Siedlungen oder dergleichen und durch den großen Zugang von langregpolnischen Arbeitern überhaupt wäre jede einheitliche Lohnbewegung, jeder Fortschritt in der sozialen Gesetzgebung unmöglich. Diejenigen Arbeiter, die auf der Erfüllung des Tarifvertrages bestehen würden, würden immer mehr drangsalariert und so zugunsten der zugezogenen fremden Elemente ausgeschaltet werden, bis die Arbeitgeber das Recht auf Tarifkürzungen unumstritten in der Hand hätten.

Jeder ernsthafte Sozialisierungsplan der deutschen Regierung könne am Widerstreben der Kohlenkonvention erst recht scheitern. Der Einwand, daß der vierte Abschnitt des Absatzes j der deutschen Regierung Mittel an die Hand gäbe, um die Macht der Kohlenkonvention zu brechen, ist hin-fällig. Dieser vierte Abschnitt bestimmt nämlich, daß

jeder Arbeitgeber (ausgenommt einer auf Antrag von Handels- und anderen Gesellschaften, wenn er nationalen Gesichtspunkten entspringt, vor den Völkerverbund gehört, d. h. sowohl der beteiligten Regierung wie auch der beteiligten Arbeiter-Gewerkschaft entzogen ist. Meinungsverschiedenheiten über Arbeiterfragen aber sind, wenn sie der Völkerverbund lösen soll, von vornherein zu Ungunsten der Arbeiter gelöst.

Endlich ist aber die Bestimmung g in ihrer vollen Verwirklichung geradezu eine breite Tür, um durch sie Korruption und Strebertum in die Arbeitnehmerfreiheit hineinzutragen und das Wirtschaftsleben mit nationalistischen und politischen Gesichtspunkten zu vergiften. In der Bestimmung g heißt es, daß die Arbeitgeber- und -nehmerverbände in der Lage sind, ihre Tarifverträge kollektiv, d. h. für das ganze Abstimmungsgebiet, abzuschließen. Nationalistische Aspirationen können also innerhalb dieser tarifabschließenden Verbände von Moslowitz bis Oppeln wirken. Eine nationalistische Partei kann also überall in den Ortsgruppen die Verbandsarbeit sabotieren, ohne daß man sie erfassen kann. Durch Bestechung und Korruption nationalstischer Tendenz können zum Beispiel in Oppeln Tarifabschlüsse verhindert werden, wenn man es in Schoppinitz wünscht.

Aber selbst ohne augenfällige Korruption ist es möglich, die Tarifarbeit lahm zu legen.

Wenn zum Beispiel die behördlichen Angestellten einer im polnischen Abstimmungsgebiet liegenden Stadt die durchgehende Dienstreise laut Tarifvertrag haben und in der dienstfreien Zeit sich der Pilege ihres Deutschtums widmen, hat es die polnische Behörde durch Verletzung der Dienststunden in der Hand, den Tarif zu brechen, eventuell auf dem Gebiete der Gehaltsregulierung entgegenzukommen, ohne daß der Schutz für vergemaltigte Minderheiten hier in Frage käme. Denn es wäre an einer weitestgelegenen Stelle, wie etwa Genf, schwer zu beweisen, daß unter den obwaltenden Umständen ein Tarifbruch, zugleich auch eine Vergewaltigung einer Minderheit sei.

Die Undurchführbarkeit der Bestimmung g ist begründet in der Doppelstellung einer Behörde, wenn sie zugleich Tarifvertragspartei und Behörde ist. In die Möglichkeit dieses Falles scheint man in Genf nicht gedacht zu haben. Der Sinn der politischen Grenzziehung ist: auseinanderzureißen, was bisher ein Ganzes war. Der Sinn eines Tarifvertrages aber ist, gleichartige Betriebe zusammenzufassen. Aus der Unmöglichkeit, beides zugleich zu tun, ergibt sich die Undurchführbarkeit der Bestimmung g in der vorliegenden Fassung.

Generalversammlung der Berliner Buchdrucker.

Am Montag fand wieder eine außerordentliche Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer in der „Neuen Welt“ statt. Auf der Tagesordnung stand die Beteiligung der aus dem Abkommen Walfini-Heinemann entstandenen Differenz. Massini referierte und führte aus: Die letzte außerordentliche Generalversammlung hat einen Antrag des Kollegen Fiedler angenommen, der die Beteiligung der aus dem Abkommen mit Heinemann entstandenen Differenz verlangt. Heute haben wir nun mit den Prinzipalen verhandelt und von ihnen verlangt, von jetzt an schon den lohn nach drei Wochen fälligen Zuschlag von wöchentlich 25 Mark zu zahlen und statt der gestaffelten Beträge des Abkommens mit Heinemann einen einheitlichen Betrag von 15 Mark für alle Kollegen zu bewilligen. Mit der sofortigen Zahlung der 25 Mark waren sie einverstanden, andererseits wollten sie aber den Betrag von 15 Mark nicht zahlen. Nach etwa fünfständiger Verhandlung haben sie sich endlich bereit erklärt, einheitlich 8 Mark zu bewilligen und somit allen in gewissem Gelde stehenden Kollegen 25 und 8, also 33 Mark wöchentlich zu gewähren. Wir waren auf 10 Mark (statt 8) festgelegt, die Prinzipale waren aber nicht zu bewegen, auf das Mehr von 2 Mark einzugehen. Auch die Hilfsarbeiter sollen den Betrag von 8 Mark erhalten. Da der Tarifauschluß sich schon bald mit tariflichen Fragen beschäftigen wird und die Forderungen der Resolution Fiedler durch das Angebot erfüllt sind, hat sich der Vorstand für den Vorschlag erklärt.

Nach einer stundenlangen Aussprache, in der auch Fuchs über verschiedene Fragen das Wort nahm, und ein Schlußwort Massinis die Auffassung verallgemeinert hatte, wurde das Ergebnis der Verhandlung gegen einzelne Stimmen von der Versammlung gebilligt.

Die Paritas.
Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

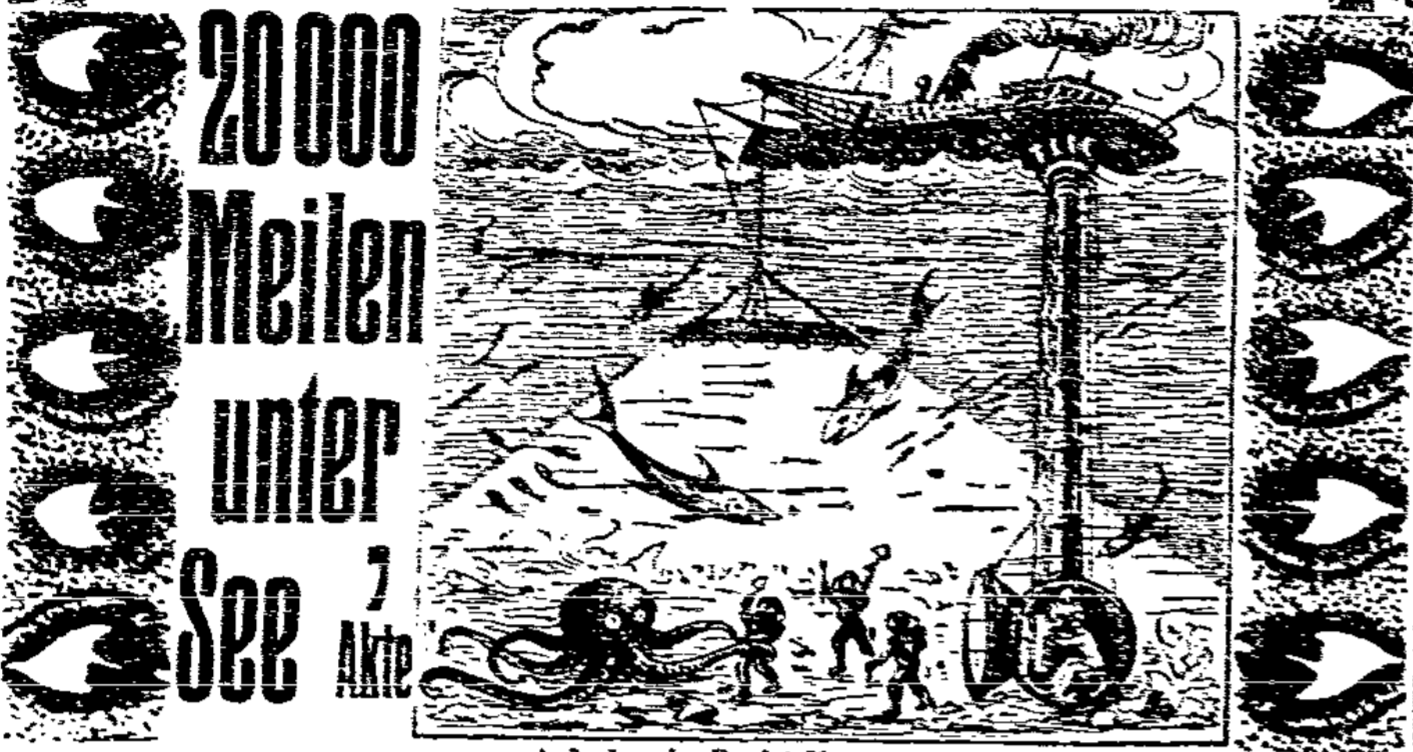
	25. 10.	24. 10.	25. 10.	24. 10.
Amerikan. Dollar	0,61	0,59	Schweiz. Franken	2,18
Englische Schilling	3,04	2,97	Norw. Kronen	1841,75
Frankf. Franken	8,34	8,34	Polnische Mark	1869,16
Holländ. Gulden	1,74	1,71	Schwed. Kronen	59,10
				58,56

1877
BREMEN SCHWEIZER EIDGENOSSENSCHAFT
Hauptvertr. des Brande. Schweizerischen (Waldbräuer) als Schutzmarke eingetragen. Vor Nachahm. wird gewarnt. U. S. von. Buchh. Rudolf Ruppel, Schillingstr. 10, Berlin und Singen a. Rheingeb. (Süd.). 4094

Breslau (Land)-Neumarkt Wirtschaftlicher Wiederaufbau und die politische Lage im Reich und Preußen ist das Thema, über das Staatsminister a. D. Karl Severing am Sonntag, den 30. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr, in einer öffentlichen Volksversammlung

WIKTORIA-THEATER 2 Tage! Anfang 1:30 Uhr!

Wie die **Unterwasser-Aufnahmen** entstanden!
in dem weltberühmten Jules Verne'schen Roman: 4639



Das Abenteuer im Hotel Atlantic 6 Akte
in der Schauburg: **Die Varietéschau** im D. K.-Theater: **Harem und Tarantella** | **Zersüßen einer Dame**
4 Damen, 1 Herr

Bereinigtes Theater in Breslau.
Direktion: Paul Sarnen.
Sobe-Theater, Id. 1574 Thalia-Theater.
Freitag, den 28. Oktober, 7 Uhr abends:
Des Hais auf dem Tiere „Er und seine Schwester“.
Collegiumliche Sonntag-Nachmittagsvorstellungen.
Sonntag, 30. Oktober, 3 Uhr nachmittags:
„Die Schöne und das Biest“
und „Siegfrieds Tod“.
Der Vorverkauf hat bereits begonnen.

Verein für Feuerbestattung
Freitag, 28. Oktober, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus
Lichtbilder-Vortrag
Wesen und soziale Bedeutung der Feuerbestattung
Hr. Opa-Götz.
Die Verzögerung des Krematoriums in Breslau
Bemerkungen: Herr Landwehr, Lokomot.

Stadt-Theater.
Freitag, den 28. Oktober, 7 Uhr abends:
„Die Schöne und das Biest“
und „Siegfrieds Tod“.
Der Vorverkauf hat bereits begonnen.

Berliner Reigen-Gastspiele
In Breslau verboten!
Krieger, Bürgerpark
Eckstein Linie 2, Südpark
Täglich abends 8 Uhr
Letzte Vorstellungen!

Erst-Aufführung!
Bis Sonntag:
ZEPHER-KINO
Mit Büchse und Lasso, 34 Akte
Neuer Episode!
Gespenster-Anblick
6 Akte: In der Luft
gesperrt. — Durch
schwarzes Gell. —
Collegiumliche Schick.
— Lyrische —
— und die
— und die
— und die

Zeltgarten
Täglich 7 Uhr:
Die glänzenden
TOASTAKTIONEN

Ringkämpfe
Strohlerer Ter
Luna-Säle
Endzeit, Linie 6, Büchsenstraße.
Heute Mittwoch ringen:
2 gr. Entscheidungskämpfe:
Saff, Brasil, 7:50
Weivara, Kambodja
Brückner, Kambodja
Rostrom, 8:10
Brylla, gegen
Petrowski, 8:10
Der Abend geht ein
Variététheater.
Anl. 7. u. Klänge 6.

Carl Brünner's Festfale
„Zur frohen Stunde“ Gebhst. 22
Heute Mittwoch:
Tanzkränzchen
Carl Brünner.

F. Noack's „Zur Hummel“
Steinbrunn
Aleir-Waffelwerk (früher Brauerei)
Sonntag, den 28. und Montag, den 29. Oktober
Große Einweihung
Sonntag in Ehrenfest und Gastmahl in der
— unversammelten Gesellschaft
Das Fest, das alle und alle anzieht, wird geben.
zu neuen Glück immer ergeht ein
F. Noack und Gen.

Circus Busch
Nur kurze Zeit!
Täglich 7, 8, 9 und 10 Uhr
Sie lachen herzlich!
Die gewaltigen Vorstellungen
Heber's großen Fecht
Vorstellung, Volant
Chely-Wild, Leber, Am
Nicht, und seine Woge
Bauermeister, Dr. von
Hansy Stier, die im
Das Imperiale
Luftschaukel
Verkauf: Barack
und Chruskanee.

Möbel
F. David,
Johann-Wilhelmstr. 9, 1.
Eingang Wäpferg.

E. E. Fiedler's Nachf. Ernst Seydel
„Zum goldenen Apfel“ Elisabethstr. 2.
Tel. Ring 3939. Imbiss des Ringes. 7341
Becken aller Art, Weber, Flecht, Flecht, Linsen,
Frisch, Frit, Bismarck, Salschitz, Kirscht.

Ober-Bayern
Täglich
Großes Konzert
der Hölzer 7:30
Bauern-Kapelle
Sonntag, Sonntag 4 Uhr,
Freitag 7 Uhr.

Toilette-Artikel - Seifen - Parfümerien
2172
Sonderangebot:
Haarschmuck
Aparte Neuheiten — sehr preiswert.
Rudolph Balhorn
2 Verkaufsstellen in allen Städten.

Für Raddings, Flammeris,
Suppen, Funken, Torten usw.
verwende man stets
Dr. Oetker's Gustin
Bestes, deutsches Fabrikat!

billige Schuhe einzukaufen!
Herren schwarz u. braun
Strapazier-Stiefel 91.- 85.-
Pl. Bexzell 275.- 225.- 195.- 185.- 175.-
Chevreux u. u. e. Lackkappe 285.- 275.- 225.- 195.- 175.-
Braune Riester u. Boxe, 350.- 325.- 295.- 260.- 225.-
Fakländer 225.- 170.- 150.-
Damen schwarz u. braun
Riester 145.- 125.- 95.-
Altresen, Flachkappe u. u. e. Lackk. 195.- 150.-
Chevreux Derby u. u. e. Lackk. 275.- 210.-
Bexzell, Hochschall 325.- 295.- 275.- 225.-
186.- 165.-
Surfäden schwarz u. braun
Riester und Riester 36 39
175.- 165.- 150.- 145.- 125.-
Riester schwarz u. braun
mit und ohne Fleck 19.— 26
105.- 90.- 75.- 55.- 45.-

Schuhhaus Woffner
Reuschestraße 63

Die unterzeichneten Firmen halten von
Mittwoch, den 26. Oktober, bis auf weiteres
ihre Geschäftsräume
während der Mittagszeit von 1 1/2 Uhr bis 3 1/2 Uhr geschlossen.
Durch die gemeinsame Tischzeit des gesamten Personals wird eine schnellere Abfertigung des kaufenden Publikums gewährleistet.
Leinenhaus Bielschowsky, Nikolaistraße 74-76
Hermann Jaekel, Weidenstraße 34
Stein & Koslowsky, Ring Nr. 25

Schlafzimmer
Komplett u. 2900 Mk. an
Küchen
Teil u. 650 Mk. an
bei Raumangel
Chaiselange-Bett
1 Größe — 1 Bett
Julius Willebrandt & Co.
Albrechtstr. 14.

Der Familienkalendar des
arbeitenden Volkes ist der
VORWARTS ALMANACH
1922
In trefflich bereicherter
reich illustriert, enthält er
viele interessante Auf-
sätze über die Gegen-
wart, ferner Erz-
ählungen, Anekdoten,
u. a. m. für Jung und Alt.
Preis in köstl. Meis-
terdruck 1/2 Mark 4.
Bestellungen werden
von der Expedition
dieses Blattes ent-
gegengenommen.

Viel Geld zu verdienen
durch
7351
Gelegenheitskäufe in Pelzwaren.
Händler u. Wiederverkäufer
1 Posten elegante
Damen-Pelzgarituren,
Herrn-Pelztragen Füchse
in allen Arten.
Hilfswort und Seal-Elektrik-Felle.
Pelz-Verkauf,
Höfchenstraße 50, I. Etg.

Gummiwaren
für Damen und Herren
Spülprigen
7101
Seib- und Monatsbinden
sowie sämtliche
Frauenartikel
Katalog gegen Einzahlung
von 1.— Mark
Frau A. Gebauer
Breslau 6 V, Deffauerstr. 1, II,
Ecke Friedrich-Wilhelmstr. 30.

Ata
Henkel's
Scheuerpulver
Patzi-
reintigt
Alle
Ata eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Ofen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf

Telefon-Gespräch-Zähler
D. R. G. M.
Heinemann & Co., Breslau 5
Opitzstraße 74. 7553
Druckschrift: Heico — Fernsprecher: Ring 6004.
Vertreter an allen Plätzen gesucht!

Revolutionsfeier
19 21
Für die bevorstehende Revolutionsfeier
sowie für alle anderen Festlichkeiten
übernehmen wir den Druck von
Plakaten & Circulartypen
Programmen
in ein- und mehrfarbiger, geschmack-
voller Ausführung bei billiger Be-
rechnung und schnellster Lieferzeit
Volksrecht
Buchdruckerei, Breslau 2.

